

Schwedter Tageblatt

Verbindungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Preisprophet Nr. 42

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestelgeld besonders.



Postfachkonto Berlin 39142

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Dauerhaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gebühr übernommen. Schluß der Anzeigen - Entnahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 120

Mittwoch, den 23. Mai 1928

35. Jahrgang

Chronik des Tages.

- Der Mißerfolg der polnischen Kandidaten bei den Deutschen Wahlen hat in Warschau einen niederdrückenden Eindruck gemacht.
- Der Deutsche Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum trat zu seiner neunten Sondertagung zusammen.
- Der litauische Ministerpräsident Soldemaras hatte mit Chamberlain im Unterhaus eine Unterredung.
- In Anwesenheit zahlreicher Delegierter wurde in Rom die zweite internationale Konferenz für die Kodifizierung des Strafrechts eröffnet.
- Japan hat größere Truppenteile nach der südöstlichen Mandchurei in Marsch gesetzt.
- Die Selbstkreuzkatastrophe in Hamburg hat bis jetzt 9 Todesopfer gefordert.
- In St. Leonard bei Linz an der Donau sind 21 Bauernhöfe bis auf die Grundmauern niedergebrannt.
- Beim Landen eines Trajektdampfers im Hafen von Toulon wurden zehn Personen lebensgefährlich verletzt.

Was nun?

Der Ausfall der Reichstagswahlen hat die Parteien vor die Notwendigkeit gestellt, eine neue Regierungsmehrheit zu bilden. Man mag über die Bedeutung der Wahlen verschieden denken, darüber, daß die bisherige Reichsregierung nicht wiederkehren wird, ist man sich auf allen Seiten einig! Sie hat ihre Mehrheit verloren. Eine weitere Wenderung der Situation ergibt sich daraus, daß diesmal die Sozialdemokratie gewillt ist, in die Regierung einzutreten, unbestimmt um die Opposition der Kommunisten.

Die Zusammensetzung der neuen Regierung ist nun, nachdem die Wähler gesprochen haben, von den Verhandlungen der Fraktionen abhängig, bis zu deren Zusammenritt noch einige Wochen vergehen dürften. In der Zwischenzeit erörtert die Presse die Möglichkeiten einer neuen Mehrheitsbildung. An die Möglichkeit, eine Einheitsregierung sämtlicher bürgerlicher Parteien und Gruppen zu bilden, wird nicht so recht geglaubt; im Vordergrund der Erörterungen steht vielmehr die Große Koalition, d. h. eine Regierung aus Deutscher Volkspartei, Zentrum Bayerischer Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten. Parlamentarisch würde eine solche Koalition 292 Mandate von insgesamt 489 besitzen, also über eine sichere Mehrheit verfügen.

Ob es tatsächlich zur Großen Koalition kommt, kann heute mit Sicherheit noch nicht gesagt werden. Die Entscheidung liegt bei den Fraktionen und ist davon abhängig, wie die Parlamentarier die Reichstagswahl vom 20. Mai auslegen werden. Außenpolitisch dürfte man sich von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten auf eine einheitliche Linie zusammenfinden können. Auch über die Person des Außenministers wird es keine Differenzen geben: Die Politik Dr. Stresemanns erfreute sich auch bisher der Unterstützung durch die Sozialdemokraten; außerdem ist Dr. Stresemann einer der im Auslande bekanntesten deutschen Politiker und der Träger des Friedensnobelpreises.

Ernstere Schwierigkeiten als die Festlegung der außenpolitischen Richtlinien dürfte die Aufstellung eines inner- und wirtschaftspolitischen Programms der Großen Koalition bereiten. Hier mag es schwer halten, alle Parteien unter einen Hut zu bringen. Auf der Rechten ist man geneigt, eine weitere Erschwerung in der Größe des sozialistischen Sieges zu erblicken. Man verweist darauf, daß die Sozialdemokratie in der Großen Koalition über mehr Sitze verfügen wird als alle übrigen bürgerlichen Partner zusammengenommen. Außerdem befürchtet man von dem überraschenden Mandatsgewinn der Kommunisten eine Radikalisierung des linken Flügels der Sozialdemokraten. Letzten Endes kann ein Urteil über die Große Koalition somit erst nach der Auswahl der Männer gefällt werden, die von den neuen Regierungsparteien in das Kabinett entsandt werden.

Ein ernstes Wort muß noch über die Splitterparteien gesagt werden. Wie verheerend sich der Parteivirrwarr ausgewirkt hat, geht daraus hervor, daß von den 31 Parteien der Reichswahlvorschläge nur 14 Mandate errungen haben. Alle übrigen sind leer ausgegangen! Aber sie haben eine ansehnliche Stimmenzahl auf sich vereinigt, nämlich 801161! Zu dieser Zahl müssen aber auch noch die 360000 Stimmen hinzugezählt werden, die für die Volksrechtspartei über die mandatsfähigen hinaus abgegeben worden sind. Bekanntlich entfällt im Reich auf 60000 Stim-

men ein Mandat, wobei die Reststimmen aus den Wahlkreisen und Wahlkreisverbänden auf die Reichsliste verrechnet werden. Jedoch dürfen auf der Reichsliste nicht mehr Mandate zugeteilt werden, als die Parteien in den Wahlkreisen erobert haben. Alles in allem sind somit rund 1167000 Stimmen zerstückelt, wodurch 19 Mandate verloren gingen! Ein trauriger Ruhm für die Splitterparteien. Die Leidtragenden waren die bürgerlichen Parteien.

Während die Sozialdemokratie und erst recht die Kommunisten mit dem Wahlausfall zufrieden sind, kann das gleiche von den bürgerlichen Parteien nicht gesagt werden. Nicht nur, daß das Stärkeverhältnis der bürgerlichen Fraktionen durch die Splitterparteien verflüchtigt wurde, eine weitere Schwächung erfahren die nichtsozialistischen Fraktionen noch dadurch, daß die bürgerliche Seite des neuen Reichstags ein recht buntes Bild bietet. Hoffentlich bringt die Schwäche mehrerer kleinerer Gruppen hier eine Wenderung, indem sich die kleinen Gruppen größeren Parteien anschließen.

Das Echo der Wahl ist verschieden ausgefallen. Die Deutschen Nationalen sind über die zahlenmäßige Größe ihres Mandatsverlustes wenig erbaut, das Zentrum ist befürzt, weil es erstmals eine größere Mandatsverluste zu verzeichnen hat, und ebenso ist man in der Deutschen Volkspartei und bei den Demokraten durchaus nicht zufrieden. Die Demokraten haben der letzten Reichsregierung von Anfang an in Opposition gegenübergestanden, und die Volkspartei erfuhr trotz der Popularität ihres Führers einen Verlust. Im Auslande wertet man den Wahlausfall als einen Sieg des republikanischen Gedankens, als ein Bekenntnis zu internationaler Zusammenarbeit. Wir möchten dazu bemerken, daß sich jede deutsche Regierung zu internationaler Zusammenarbeit bekennen wird. Die Schwierigkeiten in dieser Hinsicht rühren daher, daß unsere ehemaligen Gegner sich nicht entschieden genug für die Herstellung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eingesetzt haben. Und darüber soll man sich in Paris keine Täuschung hingeben: die Befreiung des Rheinlandes und die Endlösung der Reparationsfrage bilden den wichtigsten Programmteil jeder deutschen Regierung. Beide Probleme sind längst einer Lösung reif. Ist man dazu nicht bereit, und ist man insbesondere nicht gewillt, der deutschen Nation dabei Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, dann kann es keine internationale Zusammenarbeit geben, gleichgültig, wie sich der Deutsche Reichstag zusammensetzt.

Das Echo der Reichstagswahl.

Die Stellungnahme der Parteien. — Der Eindruck im Auslande. — Die Frage der Rheinlandräumung.

Der Ausfall der Reichstagswahl wird in der deutschen Presse eingehend erörtert; ebenso schenken die führenden Blätter des Auslandes den Wahlen in Deutschland große Aufmerksamkeit. Die führenden Rechtszeitungen, die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“, folgern aus den Verlusten der Deutschnationalen die Notwendigkeit, im eigenen Hause Umschau zu halten und den Apparat mit neuem Geist aufzufrischen. Der einzige Ausweg werde vielleicht darin liegen, in Kürze einen neuen Appell an die Wähler zu richten. Die „Tägliche Rundschau“, die sich bekanntlich zur Deutschen Volkspartei bekennt, erklärt, eine Rechtskoalition sei nicht möglich, somit müsse die Bildung einer Regierung der Großen Koalition versucht werden. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ äußert sich dahin, dem Sinne des parlamentarischen Systems würde es entsprechen, wenn die Sozialdemokratie die Regierungsbildung übernehmen und zeigen würde, was sie an wirklicher Arbeit leisten könne. Das Blatt des Zentrums, die „Germania“, schreibt den Rückgang der Zentrumspartei auf das Konto der Splitterparteien und der Nichtwähler. Die demokratische „Postische Zeitung“ meint, der Zug nach links sei so stark gewesen, daß die Mitte übersprungen worden sei. Die Demokratische Partei, die das Experiment der Regierung auf das schärfste bekämpft habe, habe unter der „Diskreditierung der Politik der Mitte durch Zentrum und Volkspartei“ mit gelitten. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ schreibt, die Sozialdemokratie sei entschlossen, ihren eigenen Weg zu gehen, und sie sei stark genug dazu.

In Deutsch-Österreich

wertet die Presse den Wahlausfall als den Erwartungen entsprechend. Die „Neue Freie Presse“ in Wien bemerkt dabei, die Bahn sei frei für eine voll-

kommene internationale Verständigung. Man müsse Frankreich sein Versprechen erfüllen und Deutschland von den noch vorhandenen wirtschaftlichen und politischen Fesseln befreien. In Italien messen die Zeitungen dem Auftreten der Splitterparteien große Bedeutung bei. Das deutsche Bürgertum habe sich in unzählige Parteien mit oft unbegrifflichen Namen zerstückelt. Die Verwirrung sei so groß gewesen, daß sich viele Wähler von der Abstimmung überhaupt ferngehalten hätten.

Von besonderem Interesse ist

die Stellungnahme der französischen Presse.

Der „Temps“ spricht von einer Konsolidierung des republikanischen Regimes und des Friedens und erblickt darin eine Tatsache von höchster Bedeutung für die gesamte europäische Politik. Die „Liberte“ erklärt: Für Frankreich und die Alliierten handelt es sich darum, ob zu Ehren eines linksgerichteten Reichstags ein fettes Kalb geschlachtet, d. h. das Rheinland geräumt wird. Der linksstehende „Paris Soir“ führt aus: Die in Frankreich sich auf den deutschen Nationalismus berufen, um die Räumung des Rheinlandes zu bekämpfen, haben ihre Stützen verloren. Für die deutschen Arbeiter ist es dringender denn je, daß man ihnen ein befreites Rheinland zurückerstatte.

„Quotidien“ vertritt den Standpunkt, daß das Ergebnis der Reichstagswahlen die französische Politik verpflichtet; denn, so schreibt er, wenn der Wille Frankreichs, wie wir überzeugt sind, ein Friedenswille ist, wird es dann nicht anachronisch sein, diese Gelegenheit zu ergreifen, um die zwischen beiden Ländern fortbestehenden Differenzen zu regeln und von beiden Seiten die Hera der Versöhnung einzuleiten? — Die französische Rechtspresse läßt es natürlich auch bei dieser Gelegenheit nicht an Verdächtigungen fehlen. Im übrigen meint sie, die deutsche Außenpolitik würde dieselbe bleiben wie bisher.

In London

sprechen die Zeitungen von einem „Sieg des gesunden Menschenverstandes“. In Warschau hat man für die allgemeine Bedeutung der deutschen Wahlen wenig übrig und ist befürzt, daß die Polen im Preussischen Landtag ihre letzten beiden Mandate verloren haben.

Der neue Reichstag.

Partei	Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	1526	131
Deutsche-Nationalen	73	103
Zentrum	627	69
Deutsche V.P.	44	51
Kommunisten	54	45
Demokraten	257	32
Linke Komm.		
Wirtschafts-P.	23	12
Natio. sozial.P.	12	14
D. Bauern-P.	8	10
Bayerisch-V.P.	16	19
Christl. B. Bauern-P.	13	10
Landbau-P.	3	8
Volksrechts-P.	2	0
Sächsisch-L. Volk	2	0

Beginn der Beweis-Aufnahme im Donez-Prozess.

Die Aussage des ersten Angeklagten.

Nach der Ablehnung der beantragten Zulassung eines deutschen Anwalts für die angeklagten Reichsdeutschen im Schagin-Prozess letzte der Oberste Gerichtshof der Sowjetunion in Moskau die Verhandlung fort. Die Beweisaufnahme nahm mit der Vernehmung der russischen Angeklagten ihren Anfang. Einer der Hauptangeklagten, der bürgerliche russische Ingenieur Berezowski, der in der Anklagechrift als „Kapitalist von 20000 Rubel“ bezeichnet wird, hoffte durch

Selbstbezüglichung und Geständnis

ein mildes Urteil erwirken zu können. Er legte ein Schuldbekenntnis ab, das jedoch lediglich seine Gewinnung betraf, Tatsachen aber nicht anführen konnte. Berezowski war nach seinen Angaben der Ueberzeugung, daß das Sowjetregime vorübergehend sei. Er glaubte daher, pflichtgemäß zu handeln, wenn er den